



Wertesjähriger Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 434. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 16. September 1876.

## Deutschland.

Berlin, 15. Septbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Rittmeister und Escadrons-Chef im Königs-Husaren-Regiment (1. Rheinisch.) Nr. 7 Friedrich Leopold Grafen von Rothkirch und Traach nach Prüfung desselben durch das Capitel und auf Vorschlag des Durchlauchtigsten Herrnmeisters, Prinzen Carl von Preußen, Königliche Hoheit, zum Ehrenritter des Johanniter-Ordens ernannt.

Se. Majestät der König hat dem bisherigen Hilfsarbeiter im Reichskanzler-Amt, Regierungsrath Dr. jur. Haller, jetzt zu Hamburg, den Roten Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Oeconomie-Commissionnaire Niensch zu Lüttichburg und Leyler zu Königsberg i. Pr. den Titel „Oeconomie-Commissionnaire-Rath“, und dem General-Commissionnaire Wehrig zu Cassel den Titel „Rechnungs-Rath“ verliehen.

Bei der vereinigten Bergakademie und Bergschule zu Clausthal ist dem Bergassessor Biewend die Stelle eines ordentlichen Lehrers definitiv übertragen worden.

Berlin, 15. September. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute den General-Stabsarzt Dr. Grimm und hielten demnächst über das III. Armee-Corps auf dem Tempelhofer Felde die Parade ab. Vor dem Diner nahmen Se. Majestät den Vortrag des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Staatsministers von Bülow, entgegen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] ist am 13. Abends, in der Begleitung Sr. Majestät des Kaisers von den Manövern bei Merseburg nach dem Neuen Palais zurückgekehrt.

Se. Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig von Hessen, welcher zur Beiratung der Manöver des III. und des Garde-Corps mit von Merseburg hier angekommen, ist bei den Kronprinzipialen Herrschaften abgestiegen.

Gestern, den 14., wohnten Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin dem Manöver des Garde-Corps bei Groß-Kreuz bei, nahmen um 4 Uhr Nachmittags an dem Familien-Diner bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl in Clinke Theil, kamen Abends nach Berlin herüber, begaben sich um 8 Uhr zur Aufführung des großen Zapfenstreichs in das Palais Sr. Majestät des Kaisers und übernachteten im hiesigen Palais.

(Reichsamt.)

○ Berlin, 15. Septbr. [Das Schreiben Ledochowskis.]

— Die Biehahaltung. — Die Schullehrer-Seminare. — Der Minister des Innern. Die Veröffentlichung des sogenannten Admonitions-Schreibens, welches der frühere Erzbischof von Posen an einen Geistlichen gerichtet hat, durch den „Staats-Anzeiger“ hat auf die öffentliche Meinung großen Eindruck gemacht. Man hat allgemein erkannt, daß das amtliche Organ hier das bekannte Verfahren des großen Königs, welcher die gegen ihn gerichteten Pamphlete niedriger hängen ließ, um sie der Öffentlichkeit mehr zugänglich zu machen, nachgeahmt hat. Man hat aus dieser Thatsache die Überzeugung geschöpft, daß die auch in jüngster Zeit vielfach verbreiteten Gerüchte über die Ausgleichs-Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vatican und die daran gelaufenen Hoffnungen des ultramontanen Lagers auf ein nahe Canossa durchaus unbegründet sind. Nebstens erhellt aus dem Tone, in welchem das Admonitions-Schreiben gehalten ist, daß für wirklich aussichtsreiche Transactionen von Seiten der katholischen Kirche keine Hand gebohrt und daß es deshalb nicht an der Zeit ist, auf eine Verständigung zu drängen, zu welcher unter den gegebenen Verhältnissen kein Anhalt geboten ist. Diese Mahnung ist allerdingen notwendig, weil ein solches Drängen in einem der wesentlichsten Programmpunkte der deutsch-conservativen Partei enthalten war. — Es wurde schon mitgetheilt, daß von Seiten Bayerns ein Antrag auf Verschiebung der für das nächste Jahr angesetzten Erhebungen der Biehahaltung im Deutschen Reiche beim Bundesrat eingegangen ist. Auch Preußen hat jetzt einen ähnlichen Antrag, der sich zugleich auf die festgesetzten Ermittlungen der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung bezieht, gestellt. Die preußische Staatsregierung hat die Überzeugung gewonnen, daß die bezüglichen Erhebungen an erster Stelle nur den Ortsbehörden würden übertragen werden können, und findet daher die Ausführung derselben zur Zeit bedenklich, weil die Ortsbehörden durch öffentliche Angelegenheiten für die nächste Zeit sehr in Anspruch genommen sind. Der Antrag geht nun dahin, von den Ermittlungen der Biehahaltung bis auf Weiteres abzusehen, die Ermittlungen der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung aber auf das Jahr 1878 zu verlegen und vorher nochmals zu erwägen, ob die Formulare nicht noch eine wesentliche Vereinfachung gestatten. — Die vom Cultusminister eingeforderten Berichte der Provinzial-Schul-Collegien haben sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die Revision der Schullehrer-Seminare nach bestimmtem Turnus notwendig sei, und zwar bestworen die meisten Berichte einen dreijährigen Turnus, der dem dreijährigen Cursus im Seminar entspricht. In Folge dessen hat der Cultusminister angeordnet, daß die Seminare in einem dreijährigen Turnus durch den Commissar des Provinzial-Schul-Collegiums unter Zuziehung des Commissars der competenten Regierungen revidirt werden sollen. — Der Minister des Innern, welcher in diesem Jahre den Besuch eines Seebades aufgegeben und seine Urlaubszeit in der Schweiz verlebt hat, wird noch vor Ablauf dieser Woche hier zurückkehren.

[Der Krieg.] Die „Nat.-Z.“ schreibt: Nach Mittheilungen, deren Zuverlässigkeit zu beanstanden wir keinen Grund haben, hat Russland Ausgangs der verlorenen Woche den Mächten mitgetheilt, daß es gezwungen sein werde, allein vorzugehen, wenn die erneuerten Collectivschriften der Mächte wiederum einer Weigerung von Seiten der Porte begegnen würden.

[Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, Freiherr von Patow.] erläßt folgende Bekanntmachung:

Des Kaisers und Königs Majestät haben die Gnade gehabt, vor Allerhöchster Abreise aus der Provinz Sachsen eine Allerhöchste Cabinets-Ordre an mich zu richten. Es gereicht mir zu hoher Freude, diese Allerhöchste Ordre nachstehend zur Kenntnis der Einwohner der Provinz zu bringen:

Es sind Mir und der Kaiserin, Meiner Gemahlin, während Unserer Anwesenheit in der Provinz Sachsen so zahlreiche Beweise treuer Liebe und Anhänglichkeit dargebracht worden, daß Ich gern Veranlassung nehme, Unsere Freunde und Unseren Dank hierüber anzusprechen. Indem Ich Sie beauftrage, dies zur Kenntnis der Einwohner der Provinz zu bringen, will Ich zugleich Meiner lebhaftesten Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß die Aufnahme der Truppen während der jetzt beendeten Herbstübungen überall eine so vorzügliche und herzliche gewesen ist.

Merseburg, den 13. September 1876.

Wihel m.

An den Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen.

Aus Ostpreußen, 14. September. [Der Kreistag des Kreises Olecko,] schreibt man der „Pr. Litth. Blg.“, hat in seiner letzten Sitzung am 8. d. M. die Bewilligung von Mitteln zur Errichtung ländlicher Fortbildungsschulen mit großer Majorität abgelehnt. Es wurde nicht allein hervorgehoben, daß das noch immer stark vertretene polnische Element der Sache große Schwierigkeit in den Weg legen würde, sondern auch die Befürchtung ausgesprochen, daß das jugendliche Gesinde zu viel Arbeitszeit durch den Besuch der Schulen verlieren möchte!

Hannover, 15. September. [Machwahl.] Nach den nunmehrigen Ermittlungen ist Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode bei der anderen Wahl im 13. hannoverschen Wahlkreise mit 5273 Stimmen zum Reichstagabgeordneten gewählt worden. Sein Gegencandidat, Graf Schwedt, erhielt 1729 Stimmen.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 13. Septbr. [Manöver. — Cabettprüfung. — Wahlen. — Riesaer Interimsbrücke. — Elbschiffahrt. — Jubiläum. — Sonntagsheiligung.] Auch in der partikularistisch gesinnten sächsischen Presse wird die politische Bedeutung der diesjährigen Herbstübungen des sächsischen Armeecorps hervorgehoben. Sie haben bewiesen, daß das deutsche Heerwesen seit dem französischen Kriege in Bezug auf Schlagfertigkeit und Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Truppengattung bedeutende Fortschritte gemacht hat — dafür bürgen nicht nur die anerkennenden Worte des Kaisers in Leipzig und Merseburg, sondern auch die Urtheile der fremden Offiziere; sie haben das innige Einvernehmen des deutschen Kaisers Wilhelm und des Königs Albert constatirt und innige Beziehungen des preußischen und sächsischen Volks zum Heile des deutschen Vaterlands angebahnt. Einen besonders günstigen Eindruck hat es in diesen Kreisen gemacht, daß der Kaiser die warme und treue Anhänglichkeit an den Landesherrn neben der Sympathie für das Reich in dem Handschreiben an die Stadt Leipzig als patriotische Pflicht bezeichnet und die Verdienste des Königs von Sachsen als Felsenherr wiederholt rühmend hervorgehoben hat. Die beziehenden Neuflügelungen des Kaisers sind mehr, als bloße dem Gastgeber und dem Gäste erwiesene Höflichkeiten; der Händedruck beider Fürsten vor der Front des sächsischen Armeecorps, wie in der Festvorstellung des Leipziger Theaters, sowie der Besuch König Alberts in Merseburg — der erste, den ein sächsischer Monarch der früher sächsischen Stadt abstattet — beweisen, daß zwischen Preußen und Sachsen keine Differenzen mehr bestehen und Alles vergessen sei, was die Vergangenheit gebracht habe. Es ist nur zu wünschen, daß dieser günstige Eindruck der Manöver von Nachhaltigkeit ist. Auf der Wiese bei Wachau, wo Kaiser und König mit so vielen Fürsten und berühmten Feldherrn weilte, soll ein Denkmal zur Erinnerung an diesen Vorgang errichtet werden. — Die zu Stern im Examen durchgesallenen Cadetten des Dresden-Cadettenhauses werden zu Michaelis eine wiederholte Prüfung bestehen, die, wie man hört, abermals von der preußischen Obereraminationsscommission unter Vorsitz des Generalmajor de la Barre abgehalten werden wird. Die Professoren Dr. Foss, Dr. Herrig und Dr. Holste aus Berlin werden sich an der Prüfung beteiligen, die, so hofft man, das geschädigte Renommé der Dresden-Cadetten wiederherstellen wird. — Für die bevorstehenden Wahlen zum Reichstage haben jetzt die landwirtschaftlichen und gewerblichen Vereine des 3. Wahlbezirks ihr Programm aufgestellt. Dasselbe legt ein Hauptgewicht auf Änderungen der Gewerbeordnung, gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens, criminelle Bestrafung des Contractbruchs, Einführung von Schiedsgerichten, verwarf die Differentialtarife und das Reichsseitenbahny-project, fordert aber möglichste Zollfreiheit. In dem 2. Wahlbezirk wird dem nationalliberalen Kandidaten Prof. Fröhlauf der als Nationalökonom bekannte Dr. Roscher in Zittau entgegengestellt und bei seiner Mühligkeit ist diese Kandidatur nicht aussichtslos. — Die Aufführung der Riesaer Interimsbrücke ist im Gange und man glaubt, daß spätestens am 15. October der Betrieb eröffnet werden kann. Der 4500 Ctr. schwere, 130 Meter lange hölzerne Bau wird auf fünf Paar Walzen durch vier Heben auf zwei Schienengeleisen fortbewegt. — Der Regen der letzten Wochen hat die Elbe wieder mit ausreichendem Wasser versorgt, so daß schon seit einiger Zeit die Dampfschiffe wieder bis Leitmeritz verkehren. — In der Oberlausitz feierte vor wenigen Tagen die Kirchengemeinde zu Göda bei Bauzen das Fest des achthundertjährigen Bestehens ihrer Kirche, und ein altes Chepaar in Wehsdorff bei Schirgiswalda feierte siebzigstes Chejubiläum! — Die strengere Handhabung der Sonntagsheiligung hat in Dresden auch zu dem Verbote geführt, an den Sonntagen die Restaurationen mit frischem Bier und mit Eis zu versorgen, was natürlich bei Brauern, Wirtschen und Publikum sehr böses Blut macht, und mancherlei Remonstrationen veranlaßt hat. Wird nicht eine puritanische Sonntagsfeier, die sich mit unsern Gewohnheiten nicht verträgt, beabsichtigt, so wird man jenes Verbot zurücknehmen müssen.

Gotha, 14. September. [Die Leichenverbrennung.] In der vorgestern Abend stattgehabten Sitzung unseres Stadtverordneten-Collegiums ist der einstimmige Beschluß gefaßt worden, durch Polizei-Verordnung und Nachtrag zur städtischen Friedhofsvorordnung die Leichenverbrennung facultativ im Stadtbezirke einzuführen. Die erwähnte Polizei-Verordnung, die auch die Verbrennung auswärtis Verstorberner gestattet und geeignete Vorschriften über ärztliche Untersuchung der zu verbrennenden Leichen enthält, sowie der Nachtrag zur Friedhofsvorordnung, der feststellt, daß für jeden Verbrennungsact ein angemessener, bis jetzt noch nicht festzustellender Betrag für Heizung und Abnutzung des nach Siemens in Dresden aufzustellenden Apparats gezahlt werden muß, erhalten einstimmige Zustimmung. Zur Ausführung dieses Beschlusses werden 15,000 Mark verwendet, die von den vereinigten „Leichenverbrennungs-Vereinen“ Deutschlands aufgebracht und unserem Stadtrath zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt wurden. Das Staatsministerium hat auf vorherige Anfrage unseres Stadtraths erklärt, ein prinzipielles Bedenken gegen eine derartige Anlage nicht zu haben, der Ausführung derselben ein Hinderniß nicht entgegenstellen zu wollen. Von den vielen Städten, in denen diese Frage die städtischen Organe beschäftigte, ist also Gotha die erste und einzige Stadt, welche durch einmütigen Beschluß ihrer Organe eine Einrichtung schafft, die viele Anhänger, aber noch mehr Gegner hat. So haben die Vertreter unserer Stadt abermals bewiesen, daß sie Neuerungen kleinliche religiöse u. Bedenken nicht entgegenstellen. Der Beschluß durfte übrigens allgemeines Aufsehen machen.

4 Straßburg, 13. September. [Wahlansichten. — Ein Wohlthäter.] In deutschen Blättern sind bereits Vermuthungen über den Ausfall der nächsten, wahrscheinlich im Januar vorzunehmenden Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen laut geworden und zwar gingen die dahin, ein so günstiges Ergebnis in Aussicht zu stellen, daß die Reichsregierung sich danach veranlaßt sehen würde, ihre zur Zeit noch obwaltenden Bedenken gegen die Umwandlung des bisherigen berathenden Landes-Ausschusses in einen beschließenden Landtag fallen zu lassen. Gefügt wurde dies Weisung durch den Hinweis darauf, daß „die letzten Bezirkstagswahlen erfreulicher Weise schon dargehan, daß die Elsaß-Lothringische Bevölkerung mit der bisherigen Protest- und Enthaltensamtspolitik gebrochen habe.“ Man muß unsern Lande sehr fern stehen und von den zahlreichen Kundgebungen der Stimmung der Einwohnerschaft gar keine Notiz genommen haben, um solche Prophezeiungen in die Welt zu schicken, undemand, der den im Juni d. J. vollzogenen Wahlen behufs theilweiser Erneuerung der Bezirks- und Kreisvertretungen die obige Deutung giebt, kann absolut keine Zeugnisse gelesen haben. Was die eben genannten Wahlen betrifft, so sind sie, gerade so wie die ersten, im October 1873 stattgehabten Wahlen zu den erwähnten Körperschaften, unter Enthaltenung der im Lande übermächtigen, französisch-ultramontanen Protestpartei, nur von außerordentlich geringen Minoritäten der Wähler, wie seiner Zeit in allen unabhängigen Blättern des Nähern zu lesen stand, vorgenommen worden; wie man aber daraus einen Bruch der Bevölkerung mit der Protest- und Enthaltensamtspolitik herleiten will, ist uns völlig unerindlich. Sollte die französisch-ultramontane Partei, die bekanntlich im Jahre 1874 sämtliche Reichstag-Abgeordnete Elsaß-Lothringens aus ihrer Mitte gestellt hat, und zwar mit meistens ganz überwältigenden Majoritäten, sich diesmal der Wahl vollständig enthalten, so würde allerdings die sogenannte „elsässisch-elsässische“ Partei mit den gleichen Minoritäten, die sich bei den Bezirkstagswahlen ergeben haben, die 15 Reichstag-Abgeordneten kampflos ernennen; daß aber ein solches Wahlergebnis die Reichsregierung zu dem oben erwähnten Zugeständniß an die Bevölkerung veranlassen sollte, möchten wir doch noch bezweifeln. Über es ist gar nicht daran zu denken, daß eine umfangreiche Wahlenthaltenung seitens der Protestpartei eintrete, insbesondere werden ihre ultramontanen Mitglieder, die zugleich für Frankreich und für Rom zu kämpfen haben, schwerlich auf dem Wahlplatz fehlen. Dann aber ist ein Sieg der gemäßigteren und der deutschgesinnten Elemente kaum in einem oder zweien der 15 Reichswahlkreise zu erhoffen. Man wolle nur berücksichtigen, daß am 1. Februar 1874 die entschieden deutschfeindliche Partei im Ganzen über 190,000 Stimmen gegen ca. 46,000 aller ihrer Gegner zusammen genommen verfügte, und wir haben seitdem wirklich keine Anzeichen dafür wahrgenommen, daß die französischen und römischen Feinde des Deutschen Reiches in unserem Lande sich zu besseren Gesinnungen bekehrt hätten. — Vor Kurzem starb in Donaueschingen der hiesige Rentner August Chemnitz im hohen Alter von 90 Jahren mit Hinterlassung eines Vermögens von anderthalb Millionen Franken. Dasselbe hat der Verstorbene ausschließlich öffentlichen Anstalten vermacht, insbesondere eine volle Million Franken unserm bereits sehr reichen Bürgerspital zur Errichtung und Erhaltung einer Reconvalescenten-Anstalt, ferner 150,000 Francs dem protestantischen Gymnasium für Freiplätze und Universitäts-Stipendien, die gleiche Summe dem Unterstützungskomitee für verschämte Arme, 50,000 Francs dem städtischen Armen-Bureau u. s. w. Bezeichnend für die Sinnesart des Verstorbenen ist, daß er, kurz vor seinem Tode angegangen, der Baucommission der protestantischen Neukirche, die kein Geld mehr hat, um den neuen Prachtbau der im Bombardement zerstörten Kirche mit einem Thurme zu versehen, mit einem entsprechenden Legate zu diesem Behufe zu Hilfe zu kommen, ablehnend entgegnete: er wolle nicht in Holz und Steinen, sondern in dankbaren Menschen fortleben.

## Schweiz.

# Zürich, 12. September. [Bischof Herzog.] Ein Weiberstieg. — Das neue Gemeindegesetz in Genf. — Herr Lanier. — Dunoyer. — Aus Freiburg und Appenzell. — Steuerherabsetzung. — Die Wasserbeschädigten. — Vom Gotthardstunnel. — Zur Bern-Luzern-Bahn.] Die Einweihung des Bischofs Herzog findet nun doch in der Schweiz, und zwar zu Rheinfelden im Aargau, am 18. d. statt; Bischof Reinhard und der Erzbischof von Utrecht werden sich einfinden. — Der Gemeinderath von Solothurn berief die katholische Kirchengemeinde, um über die Wahl eines altkatholischen Geistlichen zu beschließen. Die Kirchengemeinde hat aber dieser Erwartung nicht entsprochen; mit 404 gegen 320 Stimmen lehnte sie eine solche Wahl ab. Der von der Minderheit gewünschte Stadtpfarrer war der neue Bischof. Wahrscheinlich werden sich nun die liberalen Gesinnten abscheiden und altkatholisch einrichten. Wie es scheint, haben die Weiber den Sieg erfochten; sie hatten um Beibehaltung des Römerthums petitioniert. — Der Große Rat von Genf hat auch in zweiter und dritter Berathung das neue Gemeindegesetz mit erdrückender Mehrheit angenommen. Mit demselben wird ein gut Teil ultramontanen Unterraths ausgeräumt; „der Herr vom Hause weiß am besten, wo's steht.“ Die Opposition schmeichelte sich vergebens, das Gesetz mit der „Souveränität der Gemeinden“ todzuschlagen. Stadtrath Carteret bemerkte dagegen, weil diese „Souveränität“ einfach in Anarchie auslasse, sei das Gesetz unerlässlich. Niemand werde bestreiten, daß die Wohlfahrt eines Landes von der Ausführung seiner Gesetze abhänge. Das selbstständige Leben der Gemeinden solle nicht gestört werden, allein die für alle Bürger und alle Gemeinden verbindlichen Staatsgesetze müssen streng beobachtet werden. — Mehrere Genfer Gemeinden, die bis jetzt durch eidverweigernde katholische Pfarrer bedient wurden, petitio[n]ieren beim Oberkirchenrat, um Veranlassung gesetzähnlicher Pfarrwahlen. In Thonier wurde bereits ein christkatholischer Pfarrer gewählt; in drei andern Gemeinden steht die Wahlversammlung bevor. Besonders Aire-la-Ville sehnt sich nach Veränderung; der Pfarrer dieser Gemeinde, Lanier, ist zwar sehr rehglaublich, aber sehr liederlich und gewissenlos. Er erlaubte sich einen Angriff auf die Sittlichkeit, verließ in Folge des entstandenen Lärms das Dorf und ließ die wertvollen Kirchengeräte mitlaufen. Der Maire reichte beim Diffriz und Polizei-Departement eine Klage ein. Man glaubte Lanier jenseits der Grenze, aber die Polizei hatte eine bessere Witterung. Sie wußte, daß dieser würdige Jünger des Syllabus mit einer bei Genf wohnenden Dame auf vertrautem Fuße stand, und überwachte nun deren

Haus. Richtig wurde er erwählt und sitzt im Gefängniß unter verschiedenen Anklagen. — In Genf ist, wie schon gemeldet, der Generalviseur Dunoyer in seinem 75. Altersjahr verstorben. Derselbe war sehr verständlichen Geistes und unterschied sich vortheilhaft von dem kampflustigen Mermillod, dessen unähnlicher Ehrgeiz die bekannten Verwicklungen in Genf herbeiführte. — Die Freiburger „Liberté“ mahnt ihre Schäflein, an der Versammlung des Plusvereins in Piräus eben so zahlreich zu erscheinen, wie die Neuenburger Radicalen in Peseux zur Feier des Sieges über die Royalisten vor 20 Jahren. „Warum sollte man für Gott nicht eben so viel thun können, wie Andere für den Teufel?“ Die Kirche ist nämlich von Gott, der Staat vom Teufel erschaffen. Wozu auch der Staat? Die Priester an der Spize würden, wie früher im Kirchenstaat, Alles auf Beste besorgen und die Menschen haben und drüber selig machen. — Gegenüber der „Liberté“ nimmt der „Chroniqueur“ den Nationalrath Segesser in Schutz; dieses Blatt ist das Organ der Freiburger Conservativen, die sich noch nicht mit Haut und Haar an Rom verschrieben haben. — Der bischöfliche Commissarius, Pfarrer Knill in Appenzell, versagt Allen, die sich blos bürgerlich trauen lassen, Beichte und Communion. — Der amerikanische Gesandte Rublee ist zum Geschäftsträger herabgesetzt worden. Demokratische Sparsamkeit! — Die Commission für ein neues Militärsteuergesetz hat das Steuermannum von 5000 auf 2000 Fr. und die Personalsteuer von 8 auf 6 Fr. herabgesetzt, auch sonst erhebliche Erleichterungen beschlossen und den Schweizern im Auslande nach 10 Jahren Verjährung bewilligt. — Für die Wasserbeschädigten sind beim Bundesrat etwa 738,000 Francs eingegangen. Man hat sich beschwert, daß diese Gelder noch immer auf Zins liegen. Der Bundesrat hatte aber Zahlungen angeboten und erneuert jetzt dies Anerbieten; ein einziger Kanton hat davon Gebrauch gemacht. Die Thurgauische Regierung beschloß, für die dringlichsten Fälle bis eine Viertelmillion vorzuschießen. Im Kanton Bern wurden 100,000 Fr. gespendet; der dortige Wasserschaden erreicht mehr als eine halbe Million. — Die Länge des Gotthard-Tunnels (immer Richtigkeiten) war Ende August 6707 Meter. Zu Göschenen fand eine Conferenz mit Damps statt zwischen italienischen und schweizerischen Würdenträgern: Ministerpräsident Depretis u. und Bundespräsident Velti u. Ersterer hat sich sehr günstig über den Stand der Tunnelbauten ausgesprochen und den besten Willen Italiens für das ganze Unternehmen erklärt. — Das Bundesgericht hat in dem Prozeß, welchen eine Anzahl Obligationäre der Bern-Luzern-Bahn gegen die Kantone Bern und Luzern erhoben, entschieden, daß die Bahngesellschaft eine Actiengesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit sei und die Kantone nicht zu Extraleistungen verpflichtet seien.

### Frankreich.

Paris, 13. Sept., Abds. [Mac Mahon in Besançon.] — Zu den Bürgermeisterwahlen. — Bankett in Belleville. — Übertragung der Leiche Bellini's. — Man ist in den offiziellen Kreisen sehr befriedigt von dem Empfang, welchen Mac Mahon in Besançon gefunden hat und der allerdings an Enthusiasmus die Aufnahme in Lyon weit hinter sich gelassen zu haben scheint. Die Reden des Bürgermeisters und Appelhof-Präsidenten waren in liberalem Sinne gehalten; der Maire ließ in sein Lob der republikanischen Staatsform ein geschicktes Compliment für Mac Mahon einfließen. Auch der Erzbischof Paulinier hielt eine Ansprache, als Mac Mahon den Dom besuchte, und er feierte den Marshall als den „Ritter von Frankreich“, der auch die Kirche gegen ihre Feinde zu schützen wissen werde. — Ein im Amisblatt heute erschienenes Rundschreiben de Marceire's an die Präfekten bestimmt, daß die Wahl der neuen Bürgermeister überall am 8. Oktober vollzogen werden soll. — Es heißt, daß die Partei Gambetta's in Belleville ein Bankett veranstaltet, bei welchem Gambetta sprechen wird. — Vor einigen Tagen ist eine italienische Deputation hier angekommen, welche die Leiche Bellini's nach Italien bringen will. Uebermorgen werden die Reste des Componisten der „Norma“ und der „Nachtwandlerin“ auf dem Pére Lachaise ausgegraben und nach dem Bahnhof von Lyon gebracht werden. Die künstlerischen Notabilitäten von Paris sind alle eingeladen worden, dieser Ceremonie beizuwohnen.

Paris, 14. September. [Die Pilgerfahrt nach Chartres. — Die Kundgebungen ultramontaner Generale. — Professentumacherei in den Pariser Hospitals. — Zur Reise Mac Mahons.] Die „nationale“ Pilgerfahrt nach Chartres ist nicht besonders glänzend ausgefallen. An Pilgern aus der Umgegend fehlte es nicht, um so weniger, als die Wallfahrt mit dem Jahrmarkt von Chartres zusammenfiel, aber es fehlte an Pilgern aus der Ferne und an Besuchern von Distinction. Vielleicht erklärt dies, warum der Bischof Pie nicht die angekündigte Festrede hielt, sondern sich durch einen Kapuziner vertreten ließ. Der Bischof von Chartres, Regnault, hatte in einem durch die Blätter veröffentlichten Briefe die Hoffnung ausgesprochen, daß die Mitglieder der Nationalversammlung und die Offiziere der Armee sich in eben so großer Zahl einfinden möchten, als im Jahre 1873, und wenn möglich in größerer Zahl (bemerklich waren damals etwa 100 Deputirte der Rechten nach Chartres gewallt); aber diese Aufrückerung hat kein Gehör gefunden. Die Deputirten und die Offiziere glänzten durch ihre Abwesenheit; vermutlich haben sie triftige persönliche Entschuldigungsgründe anzuführen. Inzwischen mag sich der Ultramontanismus mit anderen Erfolgen für dies mißlungene Fest trösten. Man hat bisher nicht erfahren, daß der Kriegsminister gegen die Demonstrationen einer Anzahl höherer Offiziere eingeschritten wäre. Das Rundschreiben, welches er angeblich an die Commandanten der Corps richtete, scheint in seinem Portefeuille liegen geblieben zu sein, und jene Herren können sich dadurch berechtigt glauben, in der bisherigen Weise fortzufahren. Eben kritisiert die republikanische Presse eine interessante Rede des Generals Bonnau du Martroy an die Jöglinge des kleinen Seminars von Autun, worin es wörtlich heißt: „Wir müssen gründlich Christen sein; aber der Name Christen genügt nicht; wir müssen uns als Katholiken erweisen, nicht als solche, welche sich alte oder unabhängige Katholiken nennen, sondern als apostolische und römische Katholiken; wir müssen es nicht nur im Herzen sein, sondern in unseren Handlungen; wir müssen den Lehren des heil. Vaters anhängen bis zum Syllabus einschließlich und dürfen nicht fürchten, Clericale genannt zu werden.“ Dazu bemerkt die „Republique“: „Die französischen Generale fangen an, den Syllabus zu predigen! Ist das nicht der Gipfel des Lächerlichen? Worum bestimmt sich der General Bonnau du Martroy? Kennt er denn wirklich den Syllabus? Man kann diese Frage an einen Soldaten richten, ohne ihn zu beleidigen, denn Federmann weiß, daß die Kirche und die Bischöfe einen Anstieg von Theologie erheischen, um von dieser Charte der ultramontanen Lehre zu sprechen.“ Aus einer mysteriösen Mittteilung des „Moniteur“ könnte man schließen, daß die Regierung jetzt etwas gegen das seltsame Treiben der Generale oder vielmehr der Parteien, welche aus den Generälen ihr Werkzeug machen, thun werde ... vorausgesetzt, daß man nicht etwas Anderes aus ihr schließen will. „Wir glauben zu wissen, sagt der „Moniteur“, daß der nächste Ministerconseil (er soll heute oder morgen unter Mac Mahon's Vorstossen) gewisse Bestimmungen in Betreff der jüngst vorgetragenen Zwischenfälle treffen wird. Die Regierung ist entschlossen, gegen-

über gewissen Parteien, welche die Gemüther aufzuregen suchen, eine feste und energische Haltung anzunehmen. Die Berathungen des Conseils zielen auf einige für die nächste Session angekündigte Interpellation (die Interpellation Belcastel?) ab.“ — Eine sehr lehrreiche Geschichte, die ebenfalls in das Kapitel von Clericalismus gehört, berichtet heute Sarcey in „XIX. Siècle“. Zu diesem Schriftsteller begab sich gestern der Chirurg des Hospitals Cochin und Professor der medicinischen Schule Dr. Armand Despres und forderte ihn auf, eine Thatsache zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, welche diesen Arzt und seine Collegen so sehr entüstet hatte, daß die Herren dies Mal von ihrer gewöhnlichen etwas zaghaften Gefügsigkeit für die Behörde abgingen. Um den Vorgang zu verstehen, muß man wissen, daß in allen Pariser Hospitals am Bett jedes Kranken sich ein Zettel befindet, auf welchem alle für den Arzt und die Aufsichtsbeamten nötigen Andeutungen verzeichnet werden, als der Name des Patienten, sein Stand, sein Alter, seine Herkunft, der Name des Arztes, welcher den Zulassungsschein ausgestellt hat und Aehnliches. Gestern nun brachte die Verwaltung ein neues Zettel-Formular zur Vertheilung, worin eine Rubrik eingefügt wird für die Religion des Patienten, eine andere für die Bemerkung, ob der Kranke die Sacramente empfangen hat. In einer dritten Rubrik soll verzeichnet werden, ob der Patient zu einer anderen Religion übergetreten will. Der Sinn dieser Neuerung springt von selbst in die Augen. Wer übrigens, fragt S. Sarcey mit vollem Recht hinzu, nur einen Blick in die Pariser Hospitals gehabt hat, der weiß, daß die Aerzte dort in beständigem Kampfe mit den Geistlichen, mit den barmherzigen Schwestern und mit der Verwaltung leben. Er weiß, daß die Aerzte ohne Unterlaß ihre Kranken gegen eine Propaganda vertheidigen müssen, welche sozusagen ihr Kopftüpfen belagert, ihnen mit Zureden und Drohungen zuseht und ihre Gemüthsruhe stört; er weiß, daß alle Vergünstigungen und alle Leckerbissen den Frömmelingen und Heuchlern vorbehalten bleiben, während die Anderen sich glücklich schäzen müssen, wenn nur die Befehle des Arztes zur Noth befolt werden. Er weiß, daß in den Hospitals die katholischen Geistlichen ein- und ausgehen, wenn sie wollen, und daß die Priester einer anderen Religion nur Zulässigkeit finden, wenn ein Kranke sie rufen läßt, kurz, er weiß, daß die religiöse Frage in diesen Anstalten einen beständigen Gegenstand des Zwistes abgibt. — Im „Moniteur“ liest man: „Die Reise des Marshalls Mac Mahon hatte nicht nur den Zweck, das Staatsoberhaupt von dem Grade der Truppenausbildung zu überzeugen, sie sollte auch über die Resultate der neuen Artillerie Aufschluß geben. Obgleich die Beobachtungen durch das schlechte Wetter gestört wurden, haben doch der Marshall sowie die französischen und fremden Offiziere, die ihn begleiteten, die Vollkommenheit der neuen Bewaffnung constatiren können.“

Paris, 13. September. [Über Mac Mahon's Empfang in Besançon] schreibt man der „A. Z.“: Gestern Abend kam der Präsident der Republik in Besançon an und wurde vom Maire von Besançon und den Militärbehörden empfangen. Herr Dubet, Senator und Maire von Besançon, hielt folgende Rede:

„Herr Marshall! Die Stadt Besançon, diese alte Stadt Sequaniens, die wir die Ehre haben zu vertreten, öffnete vor zwei Jahrhunderten ihre Thore Ludwig dem Bierzehnten und schenkte Frankreich ihr Herz unter dem Vorbehalt ihrer Gemeinde-Einrichtungen und Freiheiten. Die Einrichtungen und Freiheiten erschienen allmälig in der von Michelieu, der die französische Nationalität gebildet hat, geschaffenen Centralisation; aber der Gemeindegeist und der Patriotismus blieben inmitten der seitdem das Land bewegenden Revolutionen unangetastet. Wir blieben eines der Völker Frankreichs, und der Feind betrat nie unseres geheiligten Boden; wir schritten durch Arbeit und Willenskraft weiter. Kinder einer alten freien Stadt, waren unsere Bestrebungen immer den politischen Einrichtungen zugewendet, welche die Freiheit eines Volkes wahren. Die Republik kann keine ergebeneren Vertheidiger, das Geheiß keine achtungsvolleren, keine festeren Stützen haben. Niemand vertrügt besser, als Sie, Herr Marshall, als Soldat und als Präsident der Republik, den doppelten Charakter der Ueberlieferungen der französischen Comté: die Vaterlandsliebe und die Ordnung der Freiheit. Seien Sie willkommen! Im Namen einer Bevölkerung, die voll Freude ist, Sie wiederzusehen und den herzlichen Empfang, den Sie ihnen früher bereitet, zu erneuern, ersuche ich Sie, die Sicherung unserer Ergebnisse und unserer Achtung entgegenzunehmen.“

Mac Mahon erwiederte einige höfliche Dankesworte und begab sich dann zu Wagen nach der Präfektur, wo ein großes Diner veranstaltet war. Am folgenden Tage besuchte der Marshall die Kathedrale und die Sehenswürdigkeiten der Stadt. In der ersten hielt der Erzbischof Paulinier folgende Rede:

„Als Franzosen begrüßen wir den tapferen Soldaten, dessen ruhmvoller

Degen nach so vielen Kämpfen dem Brudertriebe ein Ende gemacht hat, das Oberhaupt und den ehrenwerten Bürger, dem das daubare Vaterland seine Geschichte anvertraute. Als Priester begrüßen wir nach dem Marshallstaube und der Aurore des obersten Staatsoberhauptes den Katholiken, wir wissen,

dass, wenn je die unvergänglichen Rechte Gottes und der Kirche in Gefahr kämen, diese Gesetze in Ihnen, Herr Marshall, nach dem alten Wahlspruch

der Mac Mahon: sie nos, sic sacra einen unvergagten Vertheidiger finden werden.“

Der Marshall antwortete nichts. Nach der Messe ward er mit

Musik und unter Salven der Artillerie auf der Präfetur empfangen

und besuchte dann das Arsenal und die übrigen Staatsgebäude.

[Zu den Wahlen vom 8. Oktober.] Das Rundschreiben

des Ministers des Innern, welches den Präfekten aufrägt, für den

8. October die Municipalräthe zur Wahl der Maires und Adjuncten

zusammenzurufen, hat das politische Leben, welches seit dem Schluss

der Kammern in der Provinz schlummerte, wieder erweckt. Es ist

wahrscheinlich, daß die Präfekten des Herrn de Marceire eine gewisse

Neutralität beobachten werden bei diesen Wahlen, welche ungefähr

33,000 Gemeinden neue Beamten geben werden. Ein Rundschreiben,

welches der Präfekt der Haute-Garonne an die Maires des Arrondissements von Saint-Gaudens in Betreff der durch die Ungültigkeitserklärung

der Wahl des Deputirten Iron notwendig gewordenen Nachwahl erlassen

hat, läßt vermuten, daß der Minister des Innern vertrauliche Instruktionen an seine Präfekten ertheilt hat. Diese letzteren können

zwar leicht einen Druck auf die politischen Wahlen ausüben, aber

bei den Gemeindewahlen wird ihnen dies schwer werden. In jedem

Dorf ist im Allgemeinen der Posten des Maires ein sehr begehrter. Alle

Gemeinderäthe kennen den Mann, der sich um dieses Ehrenamt bewirbt,

persönlich, und die Stimmen hängen oft von einer Menge kleiner Nebenfragen ab. Der Präfekt kann unter solchen Verhältnissen zum Erfolg eines von ihm unterstützten Kandidaten kaum etwas beitragen. In den kleinen Gemeinden, die unter 500 Einwohner zählen, kommen

politische Fragen bei der Wahl der Maires kaum in Betracht. Der

Gemeinderäthe nimmt gewohnheitsmäßig den reichsten und beliebtesten

Mann des Platzes. Aber in allen größeren Dörfern und in den

kleinen Städten spielt die Politik bei den Wahlen am 8. October

eine bedeutende Rolle. Die republikanische Partei kennt genau den

Einschlag, den ein Maire heut ausüben kann, namentlich seit der Zeit,

wo auch die kleinste Gemeinde das Recht hat, einen Delegierten für die

Senatorenwahlen zu ernennen. Namentlich bezieht sich dies auf das

Departement Doubs, wo in Folge des Todes des Senators Herrn

Monnot-Arbilleur, und in der Meurthe und Moselle, wo für den ver-

storbenen Deputirten Claude eine Nachwahl nötig ist. Man wird

hier stets bei der Candidatenfrage von Seiten der republikanischen

Partei jene Delegirten befragen. So werden die Wahlen des 8. October für die nächsten Senatorenwahlen von großer Bedeutung

sein. Schon beschäftigt sich eine große Zahl der General- und Arrondissementsräthe, sowie der republikanischen Deputirten damit, die Landbevölkerung genau über die politische Wichtigkeit aufzuklären, welche seit der neuen Verfassung die Wahlen der Maires haben. Namentlich haben sie überall mit örtlichen, sehr hartnäckigen Vorurtheilen zu kämpfen, obgleich auch die Bauern allmälig ansangen, den Mechanismus der neuen Einrichtung zu begreifen.

[Belgische und italienische Pilger.] Gestern Abend reisten die 450 belgischen Pilger, welche in Lourdes gewesen sind, nach Belgien zurück. Die Hälfte derselben bestand aus Geistlichen. Die italienischen Pilger sind noch immer in Frankreich. Heute waren sie in Lyon und machten eine Wallfahrt nach Notre-Dame du Fourvières und heute Abend geht der dortige Cercle Catholique — solche bestehen in allen Städten Frankreichs — derselben ein großes Fest.

[Falsche Banknoten.] Die Zahl der gegenwärtig in Umlauf befindlichen falschen Billets de Banque hat so bedeutend zugenommen, daß die Bank von Frankreich dieselben nicht mehr, wie sie dies früher that, einloft. Werden sie ihr zur Einlösung vorgelegt, so läßt sie diejenigen zwar dem Besitzer, versteht sie aber mit fünf „Faux“, so daß sie nicht mehr in Umlauf gegeben werden können. Die falschen Banknoten haben gewöhnlich den Werth von 20, 50 oder 100 Frs., es gibt auch deren zu 500 und 1000 Frs. Ich theile Ihnen dies mit, da die französischen Banknoten auch im Auslande verbreitet sind. Dasselbe würde jedenfalls gut daran thun, nicht allein alle französischen Billets de Banque sofort nach Frankreich zurückzusenden, sondern auch Italiens, die in diesem Papier, das man, obgleich der Zwangs-Cours noch besteht, selbst in Paris vielfach verweigert, einfach nicht anzunehmen. Die Erregung, welche die Weigerung der Bank, die falschen Banknoten anzunehmen, hervergerufen hat, ist sehr groß, zumal viele Händler sich weigern, bei Auktionen auf dieselben herauszugeben. Es sei noch bemerkt, daß die falschen Banknoten äußerst gut nachgeahmt sind.

[Aus Algier] meldet eine Depesche, daß die angekündigte Zusammenkunft des Generals Osmont mit dem Kaiser von Marokko in Oudha gestern stattgefunden. Für heute ist eine zweite Unterredung anberaumt. Der Kaiser sprach seine Befriedigung über die guten Beziehungen mit den algerischen Behörden aus und äußerte den Wunsch, sie fortzusetzen zu sehen.

[Das Panzerfisch La Révolutionnaire.] Man unterhält sich in Lorient viel über den bevorstehenden Stapellauf des Schiffes La Révolutionnaire auf den Werken dieses Kriegsschiffes erbauet wird. Der Vord. dieses neuen Schiffes ist, auf welchem mehr als 1000 Arbeiter seit drei Jahren beschäftigt sind, ist mit einem Panzer bekleidet, dessen Dicke nach Aussage der französischen Marine-Offiziere alles bisher Dagewesene übertrifft. Das Gewicht einer jeden dieser Panzerplatten beträgt ungefähr 25,000 Kilogramm. Die ganze Länge des Révolutionnaire übertrifft 100 Meter. Das Schiff ist fast gänzlich aus Stahl konstruiert und nur der Kielrand besteht aus Eisenblech. Es ist das erste Mal, daß man Stahl in diesem Maße bei dem Bau eines Kriegsfahrzeugs verwandt hat. Der Bug des Révolutionnaire ist mit einem Sporn von Schmiedeeisen in einem Gewichte von 31,400 Kilogramm versehen. Das Ruder ist bombenfest hergestellt; die Schraube, welche einen Durchmesser von  $\frac{1}{2}$  Meter hat, ist aus Bronze und wird durch eine Maschine von 6000 Pferdestark gedreht; andere kleinere Dampfmaschinen werden für die Drehung des Steuerns verwendet. Die Bewaffnung dieses furchtbaren Kriegsschiffes besteht aus Kanonen vom größten Kaliber und werden dieselben nach einer neuen Einrichtung so auf dem Schiffe vertheilt, daß sie nach allen Richtungen feuern können. Der Révolutionnaire ist erbaut nach den neuesten Plänen des Herrn Bussy, des Directors der staatlichen Schiffswerften in Lorient.

### Großbritannien.

London, 13. Septbr. [Zur orientalischen Frage.] Fortwährend, schreibt man der „A. Z.“, werden noch neue Meetings zur Erörterung der orientalischen Frage veranstaltet. Einladungen zu solchen, welche an den Minister des Innern, Mr. Cross, den Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte, Mr. Bourke, und an Lord Granville ergangen, wurden, indeß von diesen Staatsmännern höflich abgelehnt, da sie es nicht für zeitgemäß erachten, sich gegenwärtig über die Frage auszulassen. — Aus den Einsendungen an Zeitungen sind zwei Briefe an die „Daily News“ hervorzuheben von Henry Labouchere, welcher sich in Gladstone'schem Sinne ausspricht, und von dem Parlaments-Mitgliede Mr. Evelyn Ashby, welcher gefügt auf die Mitteilungen eines ihm befreundeten Consularbeamten in der Türkei neue Aufklärungen über die bulgarischen Greuel giebt. Demnach wäre eine Wiederholung derselben, wenn nicht baldige Gegenmaßregeln getroffen würden, zu erwarten. Die seiner Zeit viel Aufsehen erregende Nachricht von der Verbrennung 40 bulgarischer Mädchen, deren Wahrheit von dem englischen Commissär Mr. Baring bestritten wurde, führt der Gewährsmann auf ein sprachliches Mißverständnis zurück. Das türkische Wort „akmat“, welches eigentlich „verbrennen“ bedeutet, werde nämlich ganz allgemein auch für vernichten, tödten u. s. w. gebraucht. Die Mädchen seien nun nachweislich von den Baschibous umgebracht, aber nicht verbrannt worden. Das Mißverständnis erkläre sich aus der ursprünglichen und abgeleiteten Bedeutung des wahrscheinlich bei der Erzählung jener Schandthat gebrauchten Wortes.

[England und China.] Nach den neuesten Telegrammen aus Schanghai sind die Beziehungen Englands zu China fortwährend sehr gespannt. Der englische Gesandte Wade, der sich ebenso wie die Vertreter Auktions, Deutschlands, Frankreichs, Österreichs, Nordamerikas und Spaniens bereits seit längerer Zeit in Chefoo befindet, wurde dort von dem chinesischen Special-Commissioner Li-Hung-Chang befußt Regelung der Yunnan-Frage am 21. August aufgefordert. Herr Wade verlangte, der frühere Statthalter von Yunnan sowie verschiedene andere Beamte und Personen von Yangtze zur Untersuchung und Aburtheilung wegen des an dem englischen Consularbeamten Margary verübten Mordes nach Peking

züglich der bevorstehenden Wahlen erinnert der Vorsitzende daran, daß eine Agitation seitens des Vereins in Bezug auf die Landtags- und Reichstagswahlen durch das Vereinsstatut ausgeschlossen ist, daß es aber gegen die Wahlen einzutreten. — Tischler Heinze berichtet hierauf über den Besuch der städtischen Baumschule bei Scheitling seitens des Vereins. Die Verfestigung der Baumschule, die einen Flächenraum von ca. 40 Morgen einnimmt, befriedigte die Mitglieder in hohem Grade. Stadtverordneter Riemann bemerkte hierzu, der Hauptweg der städtischen Baumschule sei der, die städtischen Promenaden mit Bäumen und Sträuchern zu versieren. Auch an Private können Bäumchen gegen civile Preise abgegeben werden. Dieselbe sei unter Leitung des Herrn Obergärtner Heinze eine Musteranstalt. — Bei der folgenden Wahl von Kassen-Referenten werden gewählt: Brauereibesitzer Niediger, Lehrer Hübner und Klempnermeister Schötz. — Eine Besprechung über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen einleitend, spricht der Vorsitzende den Wunsch aus, daß sollt der Vereinsbezirk mit dem nachbarlichen Bezirk zusammenwählen müssen, der Vorstand beantragt werde, sich mit dem Vorstande des Nachbar-Bezirks-Vereins in Verbindung zu setzen. Stadtverordneter Büttner erklärt, daß im Bezirk 5 Neuwahlen von Stadtverordneten werden vorgenommen werden müssen, von denen 3 mit in den Nachbarbezirk fallen. Die Wahlbeamten seien übrigens vom Magistrat noch nicht festgestellt. Eine weitere Debatte sei daher verfrüht. Daraufhin wird über diese Frage zur Tagesordnung übergegangen, nachdem beschlossen worden, daß der Verein als solcher in einer Agitation bezüglich der Stadtverordneten-Wahlen eintreten solle. — Stadtverordneter Riemann, referiert demnächst über den Stand der Pferde-Eisenbahn-Angelegenheit und bemerkt, daß er aus zuverlässiger Quelle erfahren, die Scheitlinger Linie (über die Thiergartenstraße) werde noch im Laufe dieses Herbstes gebaut werden. — Mehrere Fragen, die Promenade betreffend, geben Herrn Heinze Veranlassung, über den Mangel an lebendigen Helden auf der Promenade, über vernachlässigte Nachpflanzung von Bäumen; über die unschöne Plakette um das Glashaus an der Ziegelbastion und schlags-Tafeln auf Promenadenplätzen gestattet werden, weil die Tafeln den Blick über die Plätze beeinträchtigen.

d. Breslau, 16. September. [Schlesischer Centralverein zum Schutz der Thiere.] In der gestrigen Vorstandssitzung unter Leitung des Hauptmanns und Rechnungs-Maths Jancke kam zunächst eine Reihe von Fragen, betreffend das am 7. Oktober abzuholende 25jährige Stiftungsfest des Vereins, dem Vormittags 11 Uhr eine Generalversammlung vorangehen wird, zur Erledigung. — An Stelle des nach Koblenz versetzten Herrn v. Marschall wurde Käffner Müller als Vorstandsmitglied gewählt. — Der Tierdrußverein zu Schweidnitz fragt an, ob auf die Vorstellung des hiesigen Vereins, die Leitung des Zugviehs am Ohr betreffend, von der Regierung ein Bescheid eingegangen sei. Da ein solcher Bescheid noch nicht eingegangen ist, soll eine nochmalige Vorstellung in dieser Frage bei der Regierung erfolgen. — Der Thierdrußverein zu Riga erbittet sich das Urtheil des hiesigen Vereins in Bezug der Näßlichkeit oder Schädlichkeit der Maulkörbe für Hunde. Die Antwort soll dahin erfolgen, daß der diesseitige Verein die Maulkörbe für nützlich hält und für ihre Verbreitung wirkt. — Eine Reihe Anzeigen von Thierquälereien werden zur Erledigung gebracht. Hierbei wollen wir erwähnen, daß der Schuhmann Wittich die Handelsfrau Johanna Bierer wegen Verlaufs bereits in Fänlin übergegangener Hühner der Polizei-Auwallshaft zur Anzeige gebracht hat. — Der Vorsitzende verliest die Verfügung einer Regierung, betreffend das Verbot von Taubenschichen. Seiner Zeit soll an die hiesige Regierung eine Vorstellung befußt Erlasses einer gleichen aber ähnlichen Verfügung erfolgen.

8. Breslau, 15. Sept. [Schwurgericht. — Verbrechen gegen die Sittlichkeit.] Am 17. April d. J. Abends gegen 10½ Uhr, brach in der Scheune des Bauers Rossig zu Klein-Linz Feuer aus, wodurch dieselbe mit ihrem Inhalte, bedeutenden Strohvorräthen und Wirtschafts-Utensilien, völlig eingeschüchtert wurde. Rossig erhielt für den Wiederaufbau Seitens der Verbindungs-Gesellschaft 3000 M., die neue Scheuer hat ihm aber 4500 Mark kostet, außerdem betrug der Wert der verbrannten Gegenstände 2000 Mark. — Die Scheune war bereits gegen 7 Uhr von den Dienstleuten des Rossig verlassen worden, fahrlässige Brandstiftung konnte also nicht vorliegen. Der Verdacht, das Feuer vorsätzlich veranlaßt zu haben, lenkte sich sehr bald auf den heut vor den Geschworenen befindlichen Dienstleute Johann Heinze aus Klein-Linz. H. ist 23 Jahre alt und bisher unbestraft, läugnet das ihm zur Last gelegte Verbrechen. Die Voruntersuchung hat anfcheinend positive Beweise seiner Schuld nicht ergeben. Der von der Anklage aufgestellte und durch die heut vorgenommenen Zeugen bestätigte Indizien-Beweis ergibt folgendes: Heinze hatte an Fastnacht 1876 in der Trunkenheit mit seinem Dienstherrn einen Streit gehabt und demgemäß seine Entlassung gefordert, welche ihm aber verweigert worden war. Am 17. April — 2. Osterfeiertag — hatten ihn seine Dienstgenossen, weil H. wieder betrunknen war, gehängt und gefragt, „ob er nicht wieder seinen Entlassungsschein fordern werde?“ Hier weiden die Zeugen aus, daß denn zwei behaupten, H. antwortete, „an die (die Fastnacht) werde ich gedenken“, während die Magd Groß verstanden hat, „dem (also dem Dienstherrn) werde ich's gedenken.“ Nach zehn Uhr desselben Abends laufte H. von dem Krämer Mitterne, bei dem er längere Zeit verweilte, zwei Bäckchen Streichholz und erzählte, daß ein fremder Mann über Rossig's Hof gegangen sei, den er jedoch nicht angehalten habe. Die Zeit von seinem Weggehen bei Mitterne bis zum Ausbruch des Feuers will H. im Thiel'schen Gaithause verbracht haben, seine Kameraden sagen jedoch aus, der Aufenthalt derselbst sei sehr kurz gewesen. An der Brände beteiligte sich Heinze anfangs nicht an den Rettsarbeiten. Die Auseinandersetzung des Angeklagten am Tage nach dem Brande werden zum Theil auch als gravirend betrachtet, so hat er unter Anderem gesagt: „Wenn man auch Feuer anlegt und bei der That nicht am Rockzipfel festgehalten wird, so kann Einem nichts passieren, wenn man aber festgehalten wird und zum Schulzen transportiert wird, dann ist es vorbei.“ Den Haushaupmann Breuer fragt H., welche Strafe den treffe, der Feuer angelegt hat? und demnächst was dem geschehe, der im Verdacht der Brandstiftung steht, aber nichts geschieht. — Herr Staatsanwalt Warmbrunn hält aus allen diesen Punkten die Schuld des Angeklagten für erwiesen, wendet sich auch gegen die Annahme mildernder Umstände, weil nur niedere, gemeine Nachsucht den Angeklagten zur Brandlegung veranlaßt haben kann. In Vertretung des Herrn Rechtsanwalt Lautz, hat Herr Referendar Jinke die Vertheidigung übernommen. Derselbe hält die Schuld des Angeklagten keinesfalls für erwiesen und stellt anheim, ob nicht eventuell nur fahrlässige Brandstiftung vorliege, mindestens aber bittet er um mildernde Umstände, denn der Angeklagte war betrunken und ist bisher unbefreit. Heinze wird, der vorläufigen Brandstiftung für Schuldig erklär und die Frage der mildernden Umstände verneint. Während der Staatsanwalt 2 Jahre Zuchthaus beantragt, erkannte der Gerichtshof auf 4 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiauwallshaft. Die zweite Anklage betraf ein „Verbrechen gegen die Sittlichkeit“. Es wurde unter Ausdruck der Gesetzmäßigkeit verhandelt. Wir hören, daß als Hauptbelastungsgrenze die Frau des Angeklagten, Lagerarbeiter Johann Koch aus Kallmellen auftrat. Durch den Spruch der Geschworenen wurde Koch jedoch des ihm zur Last gelegten Verbrechens für „Nichtschuldig“ erklärt und demgemäß freigesprochen.

— d. [Der Breslauer Tonkünstler-Verein] hat in seiner am 13. d. Mts. abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, auch in kommender Saison eine Reihe von Kammer-Musik-Aufführungen im großen Saale des Hotel de Silesie zu veranstalten, welche das Beste und Neueste auf diesem interessanten Gebiete bringen werden. Dieselben werden vom October bis April incl. zweimal im Monat und zwar immer Montags von 7½ bis 9, resp. 9½ Uhr, stattfinden und den Kunstfreunden Gelegenheit geben, neben den Meisterleistungen unserer deutschen Klassiker neue gediegene Schöpfungen lernen zu lernen. Dieses selbstlose Streben und Wirken des Tonkünstler-Vereins hat demselben ein Jahr zu Jahr sich steigerndes Interesse des Kunstmüllers Breslauer Publikums zugewandt. Es wurde ferner beschlossen, ganze Familien den Besuch der Musikabende zu erleichtern. Als Beiträge für die laufende Saison wurden festgesetzt und zwar für 1 Mitglied 12 Mark, für 2 Mitglieder 15 Mark, für 3 Mitglieder 18 Mark und für 4 Mitglieder 20 Mark. Dieselben werden in zwei Raten (Anfang October und Januar) eingezogen werden. Die Generalversammlung wählte in den Vorstand die Herren R. Schneider, F. Hirschberg und H. G. Lauterbach, welche bereit sind, Beitragsentnahmen entgegenzunehmen. Desgleichen werden Anmeldungen in den Musitalien-Handlungen der Herren Leudart (A. Clar), Max Cohn u. Feigert und Max Schlesinger angenommen.

\* [Rieger.] Unser beliebter Opernsänger Herr Rieger hat einen Ruf an das Stadttheater zu Lübeck angenommen und wird in den nächsten Tagen dorthin abreisen. Zu Ehren des Scheidenden findet morgen in den Räumen der vereinigten Logen auf der Sternstraße ein Abschiedsessen statt, was ihm von seinen vielen Freunden gegeben wird.

X. [Humboldt-Feier.] Wie in früheren Jahren, so veranstaltete der hiesige Humboldt-Verein auch an diesem 14. September, dem Geburtstage des großen Forschers, eine gemeinsame Feier für die Mitglieder und

Freunde des Vereins. Der Saal des Café restaurant war gefüllt von Theilnehmern des Festes. Eröffnet wurde dasselbe durch eine Ouvertüre. Hierauf folgte ein Prolog, gedichtet von Theodor Hofferichter, vorgetragen von Herrn Dr. Schuhmann. Unmittelbar darauf folgte die Festrede, gehalten von Herrn A. Reichenbach, in welcher die Bedeutung der Kosmos-Idee auseinander gesetzt und Humboldt als der eigentliche Begründer der monistischen Weltanschauung gefeiert. Durch seinen Kosmos hat Humboldt, sagte Redner, der gesammten künftigen Forschung die Bahn gewiesen. Dadurch aber, daß Humboldt die Ergebnisse seiner Forschung in öffentlichen Vorträgen dem Publikum mittheilt, hat er gezeigt, daß die Wahrheit auch den Niederdenkmäler nicht vorenthalten werden darf und daß er aus der von ihm begründeten einheitlichen Weltanschauung auch die gleiche Bestimmung für alle Menschen herauslas, hat er in jenem Sase in Übereinstimmung mit seinem Bruder ausgesprochen: „Es sind Alle zu der gleichen Freiheit berufen.“ So erhebt Humboldt im decorirten Saal doch als Mann des Volkes. — Der Festreden folgte noch ein musikalischer Vortrag und dann setzten sich die Festteilnehmer an die Tafel. Das gemeinsame Mahl wurde durch besonders hierzu gedichtete Lieder, die teilweise großen Beifall fanden, sowie durch Toasten gewürzt. Nach dem Festmahl überließ man sich der allgemeinen Geselligkeit. Jeder ging mit dem Bewußtsein nach Hause, einen schönen, in jeder Hinsicht gemüthreichen Abend verlebt zu haben.

+ [Referendariats-Cramen.] Gestern, Freitag den 15., wurde unter dem Vorstehe des Herrn Chef-Präsidenten des Königl. Appellationsgerichts Holzapfel Termin zur ersten juristischen Prüfung abgehalten. Als Criminandi fungierten die Herren Professor Dr. Gräber, Appellationsgerichtsrath Dames, Staatsanwalt Professor Dr. Fuchs, Professor Dr. Schwanert und die Appellationsgerichtsräthe Schmidt II. und Koch II. Von den zehn Criminandi bestanden die Rechtskandidaten von Chappuis, Grüttner, Hinterher, Jäschke, Sydow, Gusseroll, Hoffmann, Szafremski und Glogau die Prüfung.

\* [Großfürst Nicolaus in Lauban.] Aus Lauban vom 15. September meldet der dortige „Anzeiger“: Gestern Abend gegen 10 Uhr langte per Separattrain Se. Kaiserliche Hoheit der Großfürst Nicolaus von Russland, aus Warschau über Breslau kommend, auf hiesigem, mit Menschen dicht besetzten Bahnhofe an. Zum Empfange des hohen Reisenden hatten sich das gesammte Offizierkorps seines Regiments, des Westpreuß. Kürassier-Regiments Nr. 5, der Herr General-Lieutenant v. Rauch und der Königliche Landrat des Laubaner Kreises, Herr v. Saldern, auf dem Perron eingefunden. Nach der Begrüßung resp. Vorstellung wurden die bereit stehenden Wagen zur Fahrt nach Schloss Babelsberg befehlt, an dessen geschmückten Portale der Großfürst von dem Schloßherrn, Grafen von Strachwitz, in voller Garde-Dragoner-Uniform und von lautem Hurraufen der versammelten Volksmenge empfangen wurde. Dasselbe fand sodann ein Souper zu 10 Gedekten statt. Im Gefolge des Großfürsten befand sich der Kommandeur der 9. Division, General-Lieutenant von Rauch, Excellenz aus Glogau, Se. Excellenz der Inspector der Remonten, General-Lieutenant von Rauch aus Berlin, welcher Se. Kaiserliche Hoheit im Namen Sr. Majestät des Deutschen Kaiser auf der Grenze begrüßt hatte; daß russische Gefolge bestand aus dem General-Adjutanten von Hall, dem General der kaukasischen Kosaken Stoboleff, dem Obersten Strouloff, dem Rittmeister Andrejew und dem Leibarzt Dr. Obermüller. — Heute Vormittag gegen 11 Uhr fand sodann die Parade des Kürassier-Regiments bei Bismarckdorf, vom geeigneten Wetter begünstigt und unter einer nach Laufenden zählenden Volksmenge statt. Der Großfürst wurde bei seiner Ankunft auf dem Paradeplatz mit der von dem Musikkorps des Regiments erzielten russischen Nationalhymne empfangen und ritt unter deren Klängen die Front entlang. Hierauf erfolgte der Vorbeimarsch in Escadrons- und Schwadronenmarsch im Schritt, Trabe und Galopp, sowie verschiedene andere Regiments-Ercreitien. Nach dem gegen 12 Uhr Mittags eingetretenen Schluss der Parade versammelte Se. Kaiserliche Hoheit das Offizierkorps um sich und sprach denselben seine volle Zufriedenheit aus, woran das Regiment in seine resp. Quartiere abrückte. Im Schlosse zu Mittel-Bismarckdorf fand so dann das von dem Offizierkorps dem Großfürst zu Ehren veranstaltete déjeuner dinatoire statt. — Die Abreise Se. Kaiserlicher Hoheit nach Berlin erfolgte in einem russischen Salontwagen mit dem hier fahrplanmäßig Nachmittags 3 Uhr 50 Minuten abgehenden Zug über Kohlfurt und hatten sich hierzu diejenigen wie beim Empfange anwesenden Herren sowie ein großes Publikum auf dem Perron wieder eingefunden. Unter Hurraufen der Zurückbleibenden sah der Train sich in Bewegung, während der Großfürst wiederholt vom offenen Coupefenster aus militärisch grüßte.

H. Hainau, 15. Sept. [Tageschronik.] Mit dem vorgestern Abend gegen 8 Uhr hier eingetroffenen Güterzuge langten auch 20 Stück Fohlen edler Rasse, für einen hiesigen Pferdehändler, aus Gumbinnen an, die auf dem Bahnhof entladen und in mehreren Koppeln den betreffenden Knechten übergeben wurden. Blößlich, ohne bestimmt anzugebende Veranlassung, wurden die Thiere der einen Koppel schein, rissen sich los, stürzten in wildestem Rennen in der Richtung Kaiserwaldau-Bunzlau den Bahnhörper entlang, und in wenigen Augenblicken geschah dasselbe von den übrigen, ohne daß es gelang, dieser wilden, gefahrvollen Flucht ein wirksames Hinderniss entgegenzusetzen zu können. Da die abgelaufene Depeche in der 1½ Meile entfernten Station Kaiserwaldau anlangte, hatte eine Anzahl Fohlen bereits den dortigen Bahnhof passiert, zur allgemeinen Bestürzung des Bahnpersonals, das für diese ungewöhnliche wilde Jagd in allerhand Vermuthungen sich erging. Zwei Pferde wurden bereits gestern früh, das eine bei einem Brückenübergange am Bahnhörper, unweit des hiesigen Bahnhofes, mit zerbrochenen Gliedern, das andere weiterhin auf der Bahnhörste, überfahren, verendet vorgefunen. Einige sind unweit Kaiserwaldau, andere erst in der Gegend von Bunzlau aufgegriffen worden. Vermißt wurden heute noch vier Stück. Der Schaden für den oder die Besitzer ist leider ein empfindlicher und die Annahme allgemein, daß die Thiere, als sie die dunklen Transportwagen verlassen, durch die zahlreich vorhandenen Gasflammen schen geworden sein dürften.

Der Knabe, welcher in diesen Tagen das elterliche Haus aus Furcht vor Strafe verlassen, wie gestern in dieser Zeitung berichtet wurde, ist von den bestummerten Mutter in Siegen bei Verwandten vorgefunden worden.

S. Striegau, 14. September. [Zweigbahn nach Gräben.] Das schon vor Jahren in Aussicht genommene Project einer Eisenbahn zwischen Malitz und Striegau und deren event. Weiterführung nach Lissa resp. Bolenhain-Ruhbank scheint in seiner Ausführung zur Zeitaufschwung überwindbare Schwierigkeiten zu lösen. Bereits im Jahre 1873 haben die ersten Vermessungen durch die Beamten der Deutschen Reichs- und Continental-Eisenbahnbau-Gesellschaft stattgefunden und auch bezüglich der Strecke Lissa-Malitz war staatlicherseits die Genehmigung zur Vornahme der Vorarbeiten ertheilt worden. Zwischen sind die hierauf bezüglichen Verhandlungen ins Stocken gerathen und es dürfen die Ursachen hierfür nicht allein in den ungünstigen Zeitverhältnissen als vielmehr in der vorausichtlichen Ablehnung irgend welcher Staatsunterstützung zu suchen sein. Dagegen haben die Besitzer der in der Nähe der Stadt belegenen Steinbrüche in Gemeinschaft mit mehreren Fabrikbesitzern an das Directorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn das Gesuch gerichtet, von irgend einem der Direction als geeignet erscheinenden Punkten der Bahn aus eine Zweigbahn bis in die circa 2 bis 3 Kilometer entfernten Gräbener Steinbrüche zu bauen. Dieselbe würde acht größere Steinbrüche, in denen jährlich ein Quantum von circa 3,000,000 Centner Granit verladen wird, eine Zuderfabrik mit circa 200,000 Centner Umsatz an Rüben, Kohlen und Zunder, sowie eine Dampfmühle mit circa 25,000 Centner Umsatz berühren. Diese Zahlen, die nach event. Fertigstellung der projizirten Strecke sich noch bedeutend höher stellen werden, bilden an und für sich schon hinreichende Garantie für die Rentabilität des Unternehmens, trotzdem haben die Interessenten noch die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, erforderlichenfalls eine Zinsgarantie für das Seitens der Breslau-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft zu bereitstellen und verwandte Capital zu übernehmen. Das Directorium erklärte sich in einem bereits vor Monaten hierauf ergangenen Verhältnisse außer Stande, „bei den derzeitigen schwierigen finanziellen Verhältnissen dem Projekte einer Zweigbahn nach Gräben näher zu treten.“ Erneute Vorstellungen haben nunmehr dahin geführt, daß Seitens der Direction die Möglichkeit der Ausführung des Projects in Aussicht gestellt ist, sofern die Interessenten zunächst die Kosten für die Vorarbeiten übernehmen. In einer am vorigen Freitag hier selbst abgehaltenen Versammlung der Beteiligten ist demnach beschlossen worden, durch freiwillige Beiträge die erforderlichen Mittel zu den ersten Vermessungen aufzubringen und demnächst bei der betreffenden Direction die baldige Antragsannahme derselben zu beantragen. Durch das Zustandekommen der Bahn würde auch der Stadt selbst ein wesentlicher Vortheil erwachsen, indem mit dem Wegfall von jährlich circa 20- bis 30,000 Steinfußen, welche zu meist die Stadt passieren müssten, eine Haupturnsache des überaus dekolaten Steinbruchflasters beseitigt wäre.

[Notizen aus der Provinz.] \* Görbitz. Dem Vernehmen nach haben nunmehr die Nationalliberalen des Görbitzer Landkreises ein Wahl-Comite niedergelegt und ein gleiches Vorgehen steht in der Stadt Görbitz in Aussicht. Die Führer der Fortschrittspartei, welche sich ihnen auch einzelne Nationalliberalen angegeschlossen, die Meinung zu verbreiten suchen, daß von ihnen zusammengesetzte sogenannte liberale Wahl-Comite repräsentire beide Parteien, erhalten hierdurch ein entschiedenes Dementi. Wie wir ferner vernehmen, hat das nationalliberale Wahl-Comite des Landkreises den Minister Dr. Friedenthal als Candidaten aufgestellt und das hiesige Comite wird wahrscheinlich einem Richter am hiesigen Kreisgericht die Candidatur antragen. Es werden uns die Herren Kreisgerichtsräthe Strühl und Voß genannt. Die beiden Comite's haben Führung mit einem nationalliberalen Comite in Lauban, welches einen dortigen Industriellen aufzustellen beabsichtigt. Jedes der drei Comite's wird in seinem Kreise für die von allen drei Comite's aufzustellenden Candidaten thätig sein.

+ Gr. Glogau. Der „Niederöhl. Anz.“ meldet: Beim Bewerbung um den vacanten Posten eines Dirigenten an der hiesigen Sing-Akademie stellte sich Herr Tonkünstler Drönnewolf aus Leipzig dem Vorstehe des Vereins vor. Mit außerordentlicher Bravour spielte er die Cis-moll-Sonate von Beethoven und dirigirte den Chor aus Paulus. In einer Vorstandssitzung wurde Herr Drönnewolf einstimmig zum Dirigenten der Sing-Akademie gewählt.

Δ Königshütte. Die hies. B. meldet: Am Dienstag ist auf der von der Schlesischen Actiengesellschaft vom 1. Grubenfiscus gepachteten Mathildegrube die diesjährige Millionne Tonne Kohle gefördert worden. Einige Kohlenproduzenten, die Steiger und auch Arbeiter feierten diesen Fall durch einige Fächer, „Koppen“. — Mit welcher Unvorsichtigkeit man noch immer mit Schußwaffen trotz vielen Warnens durch die Preise umgeht, davon wiederum ein Beispiel: Der Sohn des Maschinemeisters Herrn K. konstruierte sich selbst eine Pistole und hat dieselbe in seiner Freude einem seiner Freunde, dem Sohne des Maurermeisters Herrn S. im geladenen Zustande näher beschrieben. Bei der Hantierung entlud sich dieselbe und drang die Schrotladung dem S. durch den Daumen und die Hose, in die zufällig in der Hosentasche befindliche Hand zwischen den Daumen und den Zeigefinger. Zum Glück ließen die Schützen sofort zum Dr. Sch., der dem Geschossenen die Schrotkörner entfernte und die Hand verband. Ein zweiter Schuß ist ungläublich gewesen! Ein Schulte amputierte sich am Sedantage mit Abbrennen von Dynamitpatronen, wobei ihm 3 Finger an der Hand weggeschossen wurden.

## Handel, Industrie &c.

Berlin, 14. Septbr. [Versicherungs-Gesellschaften.] (Der Cours versteht sich in Mark per Stück franco Zinsen.)

Name der Gesellschaft.	1874.		1875.		Appointm. a B B	Ginszahlung.	Cours.
	Div.	Br.	Div.	Br.			
Nachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	56	65	1000	1000	20%	8100 G.	
Nachen-Rückversich.-Ges.	42½	45	400	500	"	1910 G.	
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	25	25	500	500	"	800 B.	
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	22½	30	1000	1000	"	2100 G.	
Berl. Hagel-Accurans-Versich.-Ges.	58	16½					

